

Unterstützung von Migranten an der belarussisch-polnischen Grenze

Belarus ist in letzter Zeit mit einer Zunahme des Stroms von Migranten aus konfliktbetroffenen Ländern durch sein Hoheitsgebiet in die Länder der Europäischen Union konfrontiert. Dieser Transit ist weder neu noch einzigartig und ist viel geringer als z.B. die Migrantenströme nach Griechenland und Italien. Er fand auch früher statt, aber durch gemeinsame Anstrengungen haben Belarus und die Nachbarländer die Wahrung gemeinsamer Interessen im Bereich der regionalen Sicherheit und des Grenzschutzes erfolgreich sichergestellt.

Die Situation änderte sich, nachdem die EU auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit Belarus verzichtet hatte. Die von der EU sanktionierte Einschränkung internationaler technischer Hilfsprojekte zur Gewährleistung der Grenzsicherheit an der Grenze zu Belarus gefährdete die bestehenden belarussisch-europäischen Abkommen zu Grenzfragen.

Die EU stellte die Finanzierung eines internationalen Projekts zur technischen Unterstützung für den Bau von Aufnahmeeinrichtungen für irreguläre Migranten in Belarus, das im Rückübernahmeabkommen und in der Erklärung zur Partnerschaft für Mobilität vorgesehen war. Der belarusischen Seite wurden die notwendigen Ressourcen und Möglichkeiten entzogen, die Arbeit zur Lösung der gemeinsamen Probleme der irregulären Migration im gleichen Umfang fortzusetzen.

Seit April 2021 ist Belarus mehrmals an die Europäische Kommission mit dem Vorschlag herangetreten, Konsultationen über dieses technische Hilfsprojekt sowie über die weitere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Migration abzuhalten. Leider lehnt die EU einen solchen Dialog konsequent ab und politisiert dieses Problem, indem sie das von internationalen Organisationen (UNHCR, IOM, OSZE, Europarat etc.) kritisierte Handeln der eigenen Mitgliedstaaten mit zweierlei Maß bewertet.

Belarus fördert in keiner Weise die illegale Migration in die EU-Staaten und nutzt seinen Luftraum nicht zu diesem Zweck, wie westliche Länder ständig versuchen, es darzustellen. Das visumfreie Ein- und Ausreiseverfahren für Länder mit hohem Migrationsrisiko besteht nur dann, wenn es im Reisepass ein gültiges Schengen-Mehrfachvisum mit dem Vermerk der Einreise in das Hoheitsgebiet eines EU-Mitgliedstaates oder eines Schengen-Mitgliedstaates sowie Flugtickets mit bestätigtem Abflugdatum vorhanden sind.

Belarus ist zutiefst besorgt über die gegenwärtig angespannte Lage an seinen Grenzen zu Polen, Litauen und Lettland. Belarus hat nichts zu verbergen, denn es verstößt nicht gegen seine internationalen Verpflichtungen. Als Beweis dafür hat Belarus auf seinem Hoheitsgebiet den Zugang internationaler Strukturen zu Migranten an der Grenze sichergestellt und setzt die Zusammenarbeit mit dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge,

der Internationalen Organisation für Migration und der Belarussischen Rotkreuzgesellschaft fort, um gestrandeten Menschen zu helfen.

Die Behauptungen Polens, Litauens und einiger anderen Staaten, dass Belarus keine humanitären Hilfsgüter für Migranten zulasse, entspricht der Wirklichkeit nicht. Der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge Filippo Grandi bestätigte, dass Belarus den Zugang zu humanitärer Hilfe für Migranten durch UNHCR, IOM und Belarussische Rotkreuzgesellschaft gewährt hat. Dies bestätigte kürzlich auch der Pressesprecher des UN-Generalsekretärs bei einem regulären Briefing im UN-Hauptquartier.

Eine weitere Bestätigung für die Zusammenarbeit von Belarus mit internationalen Organisationen – im Gegensatz zu Polen und Litauen – ist die gemeinsame Pressemitteilung von IOM und UNHCR vom 12. November 2021, in der berichtet wird, dass IOM und UNHCR am 11. November Zugang zu einem provisorischen Lager auf der belarussischen Seite der Grenze in der Nähe des Grenzübergangs „Bruzgi“ erhalten haben, wo sich seit dem 8. November eine Gruppe von rund 2.000 Asylbewerbern, Flüchtlingen und Migranten aufhält. Darunter sind viele Kinder und Frauen, auch Schwangere.

Während ihres Besuchs lieferten UNHCR und IOM Soforthilfe, darunter Hygieneartikel für Kinder und Frauen sowie Lebensmittel. In naher Zukunft werden sie zusätzliche Hilfe bereitstellen – Decken, warme Kleidung, Handschuhe, Mützen und Schuhe für Kinder, die vom Belarussischen Roten Kreuz, dem Partner der beiden Organisationen, geliefert werden. Während des Besuchs sprachen IOM und UNHCR mit den Menschen vor Ort und informierten sie zuverlässig über die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten.

Es ist bemerkbar, wie absurd und bewusst unangemessen Belarus von der polnischen Seite aufgefordert wird, den polnischen humanitären Konvoi ins belarussische Staatsgebiet zuzulassen. Dabei kann Polen diese Hilfe direkt von der polnischen Grenzseite leisten. Stattdessen wird absichtlich und zynisch der polnische humanitäre Konvoi in Belarus vorgeschlagen.

Zudem haben Polen und Litauen den Notstand in jeweiligen Grenzgebieten ausgerufen. Polen zieht weiter die Militärkontingente an der Grenze zusammen, so dass die Lage angeheizt wird. Die Wasserwerfer stehen dicht am Stacheldraht, ein Paar Meter von den Migranten entfernt. Diejenigen, die es über die Grenze schaffen, werden in Polen aufgefangen und gewaltig nach Belarus zurückgeschoben.

Ganz gesetzlos geht Polen nicht nur gegenüber den Asylsuchenden, sondern auch gegenüber den eigenen Staatsbürgern, die den Migranten Barmherzigkeit erweisen wollen. Den Angaben der polnischen NGO „Ärzte an der Grenze“ zufolge, werden die freiwilligen Ärzte von den polnischen Militärs angegriffen, ihre Autos werden beschädigt.

Journalisten ist der Zugang an die Grenze verweigert, und diejenigen, die dorthin gelangen, riskieren eine gewaltsame Festnahme. Belarus hat dagegen

Journalisten und Medienvertretern, auch den ausländischen wie z.B. CNN, den Zugang verschaffen.

Belarus konnte nicht einfach zusehen, wie sich die von den polnischen Behörden ausgelöste Lage an der Grenze entwickelt, und entschloss sich, den Migranten Unterstützung mit all den lebenswichtigen Mitteln zu leisten. Das spontane Migrantenlager an der Grenze zu Polen wurde mit ausreichenden Lebensmitteln, darunter mehrere Tonnen von Backwaren und Wurst, Süßigkeiten und Obst, sowie mit zahlreichen Hygienesets, warmen und regulären Kleidungsstücken und Bettdecken, Brennholz und Elektrogeneratoren versorgt. Diese Hilfe wird fortgesetzt.

Die Hilfsmittel wurden von belarusischen staatlichen Unternehmen im Bereich Ernährungs- und Leichtindustrie mit Unterstützung der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften, der IOM, des UNHCR, der Afghanischen Gemeinschaft in der Republik Belarus sowie einer Reihe von NGOs wie z.B. der Belarusische Frauenverband eingesammelt.

Die unentgeltliche ärztliche Hilfe wird den an der Grenze gestrandeten Menschen sowohl vor Ort, als auch ggf. in Krankenhäusern, wenn es z.B. schwangere Frauen oder Kinder betrifft, von den belarusischen Medizinerinnen geleistet. Es werden die Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung der möglichen Verbreitung von der Coronavirus-Infektion unter den Migranten unternommen.

Belarus trägt keine Schuld an der heutigen Migrantensituation an der Grenze. Wie „The Guardian“ schon angemerkt hat, sei Belarus einfach zu einem guten Vorwand geworden, um „die Herzlosigkeit Europas zu maskieren“. Die Tatsache ist, dass Belarus die Migranten auf keinen Fall „instrumentalisiert“, wie es hochrangige Vertreter der EU und der einigen anderen Ländern behaupten. „Die Instrumentalisierung“ erfolgt seitens der EU, da diese die Vorwürfe gegen Belarus erhebt, um den eigenen Vorstoß gegen die Flüchtlingskonvention von 1951 sowie gegen mehrere europäische und internationale Regeln im Bereich Menschenrechte und Asyl zu rechtfertigen.

Belarus erwartet, dass die EU im Einklang mit den Worten des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell handelt, der gegenüber „France 24“ erklärt hat, dass „das Migrantensproblem durch den Aufbau einer Wand zwischen Polen und Belarus nicht zu lösen sei“.

Belarus erklärt sich bereit, mit allen Interessierten zusammenzuarbeiten und die politischen Verwerfungen beiseitelegen, um weitere Eskalation der Migrationskrise und der humanitären Katastrophe in der Region zu vermeiden und die Menschenleben zu retten.